

Rede Fabio Regazzi, Ständerat und Präsident sgv

Es gilt das gesprochene Wort.

Der Schweizer Unternehmergeist ist eine zentrale Stärke unseres Landes. Gewerbe und Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, Lehrstellen und Innovationen und leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag für Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig übernimmt das Gewerbe Verantwortung – auch gegenüber dem Klima. Gerade KMU nehmen ihren CO₂-Fussabdruck und das Thema Nachhaltigkeit sehr ernst.

Ich bin überzeugt: Wirksamer Klimaschutz basiert auf praktischen Lösungen – und lässt sich nicht durch ideologisch geprägte Initiativen verordnen. Über eine solche ideologische Initiative stimmt die Schweiz jedoch bereits am 8. März 2026 ab. Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes führt sie zu einer inakzeptablen Neuverschuldung des Bundes und in der Konsequenz zu massiven Steuererhöhungen. Beides ist in solch unsicheren Zeiten schlicht unverantwortlich.

Eine ständig steigende Staatsverschuldung belastet das Gewerbe gleich mehrfach. Sie schränkt öffentliche Investitionen ein, bremst das Wirtschaftswachstum und erhöht die Unsicherheit. Sinkt das Vertrauen in den Staat, drohen steigende Zinsen, was die Finanzierung insbesondere für KMU verteuert.

Gleichzeitig wächst der Druck auf den Staat, Schulden durch höhere Steuern abzubauen. In einem schwachen wirtschaftlichen Umfeld steigt zudem das Konkursrisiko, vor allem für kleinere Betriebe.

Auch höhere Steuern für Privathaushalte haben klare und unmittelbare Folgen für das Gewerbe. Sie senken die Kaufkraft und reduzieren das frei verfügbare Einkommen. Grössere Anschaffungen und Investitionen werden aufgeschoben oder ganz gestrichen. Konkret verzichten Haushalte häufiger auf Renovationen, energetische Sanierungen oder Umbauten. Davon betroffen sind Handwerksbetriebe wie Bau-, Maler-, Sanitär, Metallbau- und Elektrikerunternehmen. Auch der Kauf von Möbeln, Haushaltsgeräten oder Fahrzeugen wird hinausgezögert, was Detailhandel, Garagen und Zulieferbetriebe belastet. Sinkende Kaufkraft führt zudem zu Einsparungen bei Dienstleistungen wie Coiffeuren, Gastronomie sowie Freizeit- und Tourismusangeboten. Besonders KMU spüren diese Zurückhaltung unmittelbar.

Mein Fazit: Das Anhäufen staatlicher Schulden und in der Konsequenz höhere Steuern schwächen unsere KMU, die das Fundament unseres Wohlstands und unserer Wirtschaft sind. Wir brauchen in der Klimapolitik marktwirtschaftliche Anreize und praxistaugliche Lösungen – nicht ideologische Experimente auf Kosten von Gewerbe und Bevölkerung.

Darum ein klares NEIN zur Klima-Schuldenfonds-Initiative!